

Wilsdruffer Tageblatt

Zersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 23614

Ordnungsgemäß mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den hiesigen Ort, Zugspreis bei ...



Interessententgelt 1 Mk. für die ...

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt ...

Nr. 93.

Freitag den 22. April 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Meißen-Land.

In der Woche vom 24. bis 30. April werden verteilt:

- a) auf sämtliche Nahrungsmittelarten, Abschnitt 12
 - 350 Gramm amerik. Weizenmehl Pfundpreis 3,85 Mk.
 - 100 Gramm Weizen Grieß Pfundpreis 1,90 Mk.
- b) auf gelbe und weiße Nahrungsmittelarten, Abschnitt 12
 - 1 Paket Zwieback, Preis für ein Paket 1,95 Mk.
 - 1 Dose Walzgerst, Preis für 1 Dose 5,50 Mk.
- c) auf sämtliche Lebensmittelarten, Abschnitt 12

1 Dose kondens. Milch mit oder ohne Zucker zu 9 Mk. bez. 7,50 Mk.

1 Kilo-Dose Leberwurst, Preis für die Dose 5 Mk.

Meißen, am 20. April 1921. Nr. 33 g II F. Die Amtshauptmannschaft.

Kesselsdorf.

Die Reinigung der Schornsteine findet in der hiesigen Gemeinde am 22. und 23. d. M. statt.

Sonnabend den 23. April von 10—12 Uhr vorm. Ausgabe der neuen Kohlenarten in Gemeindeamt.

Kesselsdorf, am 21. April 1921.

Der Gemeindevorstand.

kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die neue Rhein-Grenze ist in Kraft getreten. Die Rheinlandkommission verbleibt den deutschen Behörden, ihren Ansprüchen ohne Rücksicht zu verfahren.
- * Der deutsche Reichstag für 1921 steht eine Verringerung des Beamtenbesatzes um ein Viertel vor.
- * Der frühere langjährige Zentrumsvizepräsident ist gestorben.
- * Briand und Lloyd George treffen sich am 22. April zu einer Besprechung in Genéve.
- * In Frankreich wird mit der Ploubation deutschen Eigentums fortgefahren. Es werden angeblich 18 Milliarden Franken davon erschafft.
- * Die griechische Flotte hat mit der Blockade der Dardanellen begonnen.
- * Der frühere französische Ministerpräsident Viviani ist zum Ehrenbürger von Reims ernannt worden.

Am Golde hängt...

Die Reichsbankmilitäre Gold, die Erzeugung haben kein durch Krieg und Revolution mit jählicher Energie vertrieben und festgehalten hat, und die seitdem das Nachgebot unseres Auslandskreditbildet, hat den Franzosen schon lange in die Augen geschossen. Mit der neuen Dreifachheit, die sie angedeutet und die sie, wo sie gar nicht vorhanden sein kann, mit unangenehmer Grazie vorzuführen verstehen, um die unzulängliche Welt selbst für ihre ausweichendsten Forderungen einzunehmen, begannen sie zunächst Vergleiche zu ziehen zwischen dem „armen“ Frankreich und dem „reichen“ Deutschland, das auf das Wohl der Völker spekuliert und doch in seinem Zentralnoteninstitut einen Goldschatz birgt, der sich eben lassen könnte. Bald ging man dann, je mehr die unerfüllbaren Reparationsforderungen auf Tapet kamen, zu offenem Viehhandel mit unserer Goldreserve über, und als es erst wurde mit den Pariser und Londoner Mitteln, galt es schon so ziemlich als ausgemacht, daß der Zugriff auf sie eigentlich nur noch eine Frage der Zeit sei; das grundsätzliche, die Frage, ob überhaupt irgendein Anspruch auf diesen Betrag erhoben werden könnte, und welche wirtschaftlichen Folgen eintreten müßten, wenn der deutsche Kredit in dieser Weise an seiner Wurzel getroffen würde, war für die Pariser Herren bereits erledigt, darum kümmerten sie sich nicht weiter. Und heute sind wir in der Tat so weit, daß die Reparationskommission die Reichsbankmilitäre aus Berlin fortgeschafft haben will; zunächst nur nach Köln oder Koblenz, wo ja Deutschland nichts mehr zu sagen hat. Der Reichsbank soll quälend gestattet werden, die Summe nach wie vor in ihrer Bilanz aufzuführen, aber die deutsche Regierung soll fortan über keinen Teil dieses Metallbestandes ohne vorherige Ermächtigung der Wiederherstellungskommission verfügen dürfen, der vielmehr als Garantie und Sicherheit für die Ausführung unserer Verpflichtungen zu dienen habe. Weigert sich aber die deutsche Regierung, diesem Verlangen nachzukommen, dann werde die Kommission sich gezwungen sehen, die sofortige Übergabe des Geldes an sie selber zu verlangen. Antwort bis zum 22. April!

Auch an diesem Beispiel läßt sich erkennen, wie alle Maßnahmen der Gegenpartei ganz benutzt auf die große Katastrophe zum 1. Mai hinarbeiten. Die Reichsregierung sieht sich im Augenblick geradezu von einem Trommelfeuer schwerer und zum Teil ganz mehrdeutiger, unzulässiger Forderungen getroffen, so daß man sich nicht wundern dürfte, wenn sie schließlich die Flinte ins Korn würde. Am bei der Reichsbank zu bleiben, so ist diese, trotz ihres Namens, vom ersten Tage ihrer Gründung an, ein mit staatlichen Vorrechten ausgestattetes Privatinstitut gewesen, so daß auf sie diejenigen Schutzvorschriften Anwendung finden müssen, die in den bekannten internationalen Verträgen für das Privateigentum vorgesehen sind. Im Krieg haben die Franzosen, wo sich ihnen, wie z. B. Mühlhausen, Gelegenheit bot, an Reichsbankgelder heranzukommen, die Heiligkeit dieses Privateigentums respektiert; und jetzt, im Frieden, soll ihnen der gesamte Metallbestand der Reichsbank ausgeliefert werden? Keine Regierung, die man ausserhalb wie sie will, sie mag kapitalistisch oder sozialistisch orientiert sein, kann hier zu einem andern Ergebnis als zu entschiedenster Ablehnung kommen. Sie müßte überdies ja erst Gewalt anwenden, um

das Gold, das ihr nicht gehört, in Reichsbest, und danach außer Landes zu bringen; davon kann natürlich im Ernst gar keine Rede sein. Wenn Frankreich diese Milliarden haben will, dann wird es schon seinen berühmten „Gendarmen“ mit dem Marschallstab schicken müssen, um sie zu holen — eine Rolle, die Herrn Koch zweifellos vorzüglich lieben und der Welt den tiefsten Sinn der Weltkriegsförderung durch die Pariser Gewaltmenschen bligartig erleuchten würde. Was schert es Frankreich, was diese Milliarden für das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes nicht nur, sondern auch aller derjenigen fremden Nationen, mit denen es immer noch in lebendigem Austauschverkehr, in für alle Teile lebensnotwendigen Wirtschaftsbeziehungen steht, bedeutet. Was macht es ihnen aus, daß Deutschland über andere Deckungsmöglichkeiten für seine zu Meisenbergen angeschwollenen Noten fast gar nicht mehr verfügt, daß rund zwanzig Milliarden von diesen Papiervorräten im Ausland umlaufen, insbesondere in Belgien und Nordamerika, daß also auch diese Gläubiger des Reiches durch die geplante neue Entwertung der deutschen Mark auf das schwerste geschädigt würden. Was kümmert es sie schließlich, ob unser Ein- und Ausfuhrhandel, mit dem natürlich gleichfalls weitreichende — ausländische — Interessen verknüpft sind, durch Vernichtung unserer Kreditmittels völlig zum Stillstand gebracht würde? Die Herren folgen hier, wie immer, nur ihren blinden Racheinstincten, die sich diesmal um so jäglicher gebärden, als es sich um blühendes, glänzendes Gold handelt, das sozusagen greifbar vor ihnen liegt.

„Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles!“ Die Wahrheit dieses deutschen Dichterwortes wollen die Franzosen wieder einmal vor aller Welt beweisen. Deutschland kann sie nicht hindern, zu tun, wozu sie die Macht haben. Warten wir also auf den Gendarmen Koch!

Widerspruch englischer Bankkreise.

Nachgehende Londoner Bankleute verurteilen auf das schärfste das französische Begehren auf Auslieferung des jetzt noch der deutschen Reichsbank gebliebenen Goldschatzes von 1,1 Millionen Mark, und zwar aus rechtlichen wie wirtschaftlichen Gründen. Auch die politischen Folgen würden unübersehbar sein. Viele befürchten von einer solchen Maßnahme den allgemeinen Zusammenbruch, nicht nur etwas den Deutschlands. An der Börse hält man die Maßnahme für ausgeschlossen.

Die Folgen der Rhein-Zollgrenze.

Erhebliche Beeinträchtigung des Verkehrs. Die von der Internationales Rheinlandkommission mit Wirkung vom 20. April an eingerichtete Zollgrenze am Rhein verhindert die Reichspostverwaltung, Pakete zur Beförderung zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland anzunehmen, wenn sie nicht von einer Zollinhaltserklärung begleitet sind. Ferner wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die aktivierte Zollverwaltung die Postanhalt in besetzten Gebiet zwingt, im Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland die ankommenden und abgehenden Pakete den von ihr errichteten Zollstellen zuzuführen. Man wird daher in der nächsten Zeit mit einer erheblichen Beeinträchtigung dieses Verkehrs rechnen müssen. — Alle Personenzüge halten an den Zollgrenzen mindestens zehn Minuten zum Zwecke der Zolluntersuchung.

Gewissensbisse der deutschen Beamten.

Nach dem „Echo du Rhin“ ist das Bureau für Aus- und Einfuhrbewilligung für das besetzte Gebiet von Köln nach Ems verlegt worden. Anträge von Firmen des besetzten Gebietes würden ab 20. April angenommen. An Gebühren seien zu zahlen: Ein pro Mille des Wertes für Einfuhr- und fünf pro Mille des Wertes für Ausfuhr-genehmigungsanträge, mindestens aber zwei Mark.

An anderer Stelle behauptet das Blatt, daß in letzter Zeit mehrfach von Berlin Anweisungen für Verlegungen von Beamten aus dem Rheinlande ergangen seien, die von den Alliierten mit der Regelung der neuen Zolllinie beauftragt worden seien. Die Rheinlandkommission habe daher eine außerordentliche Vorichtsmaßregel ergreifen. In Zukunft werde kein Mitglied der deutschen Zollverwaltung seinen jetzigen Amtssitz ohne die besondere Genehmigung der oberen alliierten Kontrollbehörde verlassen dür-

fen, ohne sich strengen Strafen und Verweisung vor das Kriegsgericht auszusetzen.

Hierzu bemerkt die Reichsregierung halbamtlich: Die deutsche Regierung hat bereits in ihrer Note in schärfster Form gegen die zwangsweise Heranziehung deutscher Beamten protestiert. Die neue Anordnung enthält einen derartigen Eingriff in die persönliche Freiheit deutscher Beamten, daß man, ohne einen zu starken Ausdruck zu gebrauchen, von Verflaubung sprechen kann.

Der der Besetzung.

Bortmund. Hier fand unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten König eine Konferenz der Landräte und Bürgermeister des Regierungsbezirks Arnberg statt, um über die sich aus einer Besetzung des Ruhrgebietes ergebende Lage zu beraten. Die Verhandlungen waren vertraulich.

Deutschlands neue Vorschläge.

Amerika als Vermittler angerufen.

Minister Simons hat sich nach seiner Rückkehr aus der Schweiz zu der Ansicht bekannt, daß es notwendig sei, durch kleine und konkrete Vorschläge den drohenden Zwangsmaßnahmen der Entente womöglich zu begegnen. Diese Überzeugung scheint er im Zusammenhang mit Unterredungen gewonnen zu haben, die er in Bern mit maßgebenden schweizerischen Persönlichkeiten hatte. Der neue deutsche Vorschlag ist nun in der Tat bereits vor einigen Tagen abgegangen, um durch Vermittlung des Papstes zur Kenntnis der amerikanischen Regierung gebracht zu werden, deren gute Dienste man in Anspruch nehmen will. In der Hauptsache enthalten die deutschen Vorschläge folgende Punkte:

1. Das Angebot einer an die Alliierten zu zahlenden Gesamtsumme.
2. das Angebot Deutschlands, die Schulden der alliierten Staaten an Amerika zu übernehmen und zu verzinsen.
3. die Ausrüstung, ein internationales Schiedsgericht über die Frage entscheiden zu lassen, in welcher Höhe die bisherigen deutschen Vorkleistungen auf die bis zum 1. Mai geschuldeten 20 Milliarden Goldmark anzurechnen sind.

Man hofft, daß die Vereinten Staaten die Sache in die Hand nehmen und Dr. Simons in die Lage setzen werden, schon in den nächsten Tagen dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages nähere Mitteilungen zu machen. Mit Bestimmtheit ist aber auf eine Einmischung der Vereinten Staaten nicht zu rechnen. Briand wird jedenfalls nichts unversucht lassen, ein Eingreifen Amerikas zu verhindern.

Lloyd George und Briand.

Briand und Lloyd George treffen sich in den nächsten Tagen in dem bekannten Konferenzort Hyde in England, um über neue Maßregeln gegen Deutschland zu beraten. Die Ansichten darüber sind verschieden.

Aber die Stellungnahme Englands zu den Besetzungsplänen teilt „Daily Chronicle“ mit: In offiziellen Kreisen Londons wird die Stimmung gegenüber Deutschland immer härter. Man fühlt, daß die britische Regierung bis zum Übermaß Geduld bewiesen hat, und daß ihre Geduld in Berlin mit Vergessen als eine mögliche Quelle der Uneinigkeit mit Frankreich bemerkt worden ist. Eine hochgestellte Persönlichkeit sagte kürzlich: „Es ist das selbe alte Deutschland, mit dem wir zu tun haben. Eine kurze Zeit nach dem Waffenstillstand schien eine Hoffnung auf Besserung vorhanden zu sein. Aber dieser Hoffnungsstimmer ist verschwunden. Wir sehen einer Regierung und einem Volke gegenüber, das im großen und ganzen von dem Deutschland von 1914 sehr wenig verschieden ist. Obwohl Großbritannien an der geplanten Okkupation des Ruhrgebietes durch die Franzosen nicht teilnehmen will, darf als feststehend angenommen werden, daß zwischen Paris und uns hohe Harmonie besteht. Der hauptsächlichste Grund warum keine britischen Truppen teilnehmen, ist der, daß wir keine zur Verfügung haben.“

Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News“ meldet dagegen: Es wird amtlich in Abrede gestellt, daß die Alliierten beschlossen haben, sich des Ruhrgebietes zu bemächtigen, weil Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Pariser Berichte darüber werden in maßgebenden britischen Kreisen als reine Spekulation bezeichnet.